

Professor Dr. Hans Willgerodt, Hubertushöhe 7, 51429 Bergisch-Gladbach

Professor Dr. Christian Watrin, Arndtstr. 9, 50996 Köln

## **Das Fach Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln**

### **I. Zur Ausgangssituation**

In jüngerer Zeit wurden die deutschen Universitäten mehrfach Reformen unterzogen, die in höchst verschiedene Richtungen gingen. Die Demokratisierungsgesetzgebung der sechziger und siebziger Jahre wird heutzutage abgelöst durch das Bologna-Programm. Es verändert nicht nur tief greifend das Studium, sondern erzeugt im Zuge des Strebens nach sogenannter Exzellenz auch weitreichende Änderungen in der Binnenstruktur von Universitäten. Hierzu zählen die Bestrebungen, spezialisierte Forschungsgruppen zu bilden, die nicht nur die Forschung vorantreiben, sondern auch dem Renommee der jeweiligen Universitäten dienen sollen.

Den dadurch erzeugten Nebenwirkungen wird in der Öffentlichkeit nicht die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet. Da die verfügbaren Mittel immer knapp sind, müssen für die neuen Gruppierungen in jedem Fall zunächst und wahrscheinlich auf Dauer Mittel aus anderen Universitätsbereichen abgezogen werden, um diese in die angestrebten Forschungsrichtungen zu lenken. Die daraus resultierenden Folgen sollen an Hand eines Beispiels, nämlich des Faches Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, verdeutlicht werden.

Die Kölner Universität verfügt seit längerem über zwölf Professuren der Volkswirtschaftslehre. Dieses Fachgebiet hat in den letzten Jahrzehnten allgemein eine große Expansion erfahren. Es reicht heute von Fragen der Sozialphilosophie und Wirtschaftsethik bis hin zu zahlreichen neuen Ansätzen wie der experimentellen Ökonomik, der Verhaltensökonomik oder der gesellschaftlichen Theorie der Spiele - um nur wenig zu nennen. Von den insge-

samt vorhandenen zwölf Stellen für volkswirtschaftliche Hochschullehrer soll jetzt die Hälfte vor allem auf Kosten des Faches Wirtschaftspolitik für ein Spezialfach umgewidmet werden. Anwärter für diese Professuren werden zur Zeit berufen.

Das Fach Wirtschaftspolitik haben bisher vor allem die Inhaber von drei Professuren des Wirtschaftspolitischen Seminars in Forschung und Lehre vertreten. Durch Fakultätsbeschluss wurden bzw. werden jetzt diese Stellen eingezogen. In der gleichen Weise wird mit einer finanzwissenschaftlichen Professur und zwei weiteren volkswirtschaftlichen Professuren verfahren. Die so frei werdenden sechs Stellen sollen in einer „Gruppe Makroökonomie“ zusammengefasst werden. Das hat zur Folge, dass unter anderem das Fach Wirtschaftspolitik aus dem Fächerkanon völlig verschwindet, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird. Gleichzeitig ist es fraglich, ob die übrig bleibenden sechs volkswirtschaftlichen Hochschullehrerstellen angesichts der großen Zahl der Studenten und der dynamischen Entwicklung des Faches ausreichen werden, um ein breites Lehr- und Forschungsangebot auf dem bisherigen Niveau aufrecht zu erhalten.

## **II. Zum Berufungsverfahren**

Das gegenwärtig angewandte Verfahren zur Berufung von sechs Vertreterinnen oder Vertretern der Makroökonomie verlief, was ungewöhnlich ist, über eine Sammelanonnce. Es weicht in vier Punkten von den sonst eingehaltenen Regeln ab.

1. Der im vorigen Jahr veröffentlichte Ausschreibungstext weist nicht darauf hin, dass eine „Gruppe Makroökonomik“ (so das Protokoll der Sitzung des Professoriums am 15. 12. 2008 TOP 2) geplant sei. Das mag ein Grund dafür sein, dass insgesamt 103 Bewerbungen eingegangen sind. Mehr als 90 Bewerberinnen und Bewerber wurden in einem Vorverfahren zurückgewiesen, dessen Rechtsgrundlagen zumindest prüfungswürdig sind. Das und weitere Begleitumstände lassen vermuten, dass von vornherein eine wirklich offene

und allen Bewerberinnen und Bewerbern zugängliche Ausschreibung nicht beabsichtigt war, sondern dass vorzugsweise in den USA ausgebildete Ökonomen bestimmter Orientierung gewonnen werden sollten. Es handelt sich eher um ein Netzwerk von Bewerbern, was unter anderem dadurch sichtbar wird, dass eine Reihe von Bewerbern auf drei oder vier Berufungslisten gleichzeitig genannt wird. Dies geschieht in einem Augenblick, in dem die amerikanische makroökonomische Politik und die dahinter stehenden Lehren in katastrophaler Weise versagt haben.

Die hochschulrechtliche Zulässigkeit dieses Vorgehens ist prüfungswürdig. Hinzu kommt, dass Hochschullehrer zur selbständigen Wahrnehmung ihres in den Berufsvereinbarungen bezeichneten Faches verpflichtet sind. Zu beachten ist, dass die Kölner Stellen einheitlich mit „wirtschaftliche Staatswissenschaften“ und nicht mit engen Fachbeschreibungen versehen sind. Der Vorteil dieser Lösung besteht darin, dass sie die wissenschaftliche Freiheit jedes einzelnen Stelleninhabers schützen und gleichzeitig eine schnelle und effiziente Anpassung an neue Ansätze ermöglichen. Diese Regel dient dem Wettbewerb der Ideen und dem Schutz der individuellen Wissenschaftsfreiheit. Sie kann nicht durch Verpflichtungserklärungen umgangen oder durch Einzelerklärung außer Kraft gesetzt werden.

2. Bei der Prüfung der wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Bewerber sind, einem in Deutschland um sich greifenden Missbrauch folgend, solche Publikationen unbeachtet geblieben, die nicht in so genannten „international anerkannten Zeitschriften“ veröffentlicht worden sind. Ferner wurden wissenschaftliche Monographien als gänzlich irrelevant betrachtet. Wer die A- und B-Zeitschriften als solche anerkannt hat, ist hier ebenso unklar wie die rechtliche Legitimation zu einer solchen Einordnung. Soll wirklich nicht mehr maßgebend sein, was man veröffentlicht hat, sondern nur noch der Erscheinungsort, also in welcher Zeitschrift ein Artikel erschienen ist? Und sind die Kriterien, etwa nach denen Zeitschriften Beiträge zur Publikation annehmen, wirklich maßgebend für die Berufungsfähigkeit von Bewerbern?

3. Zu beachten ist ferner, dass die Kooptation von Kolleginnen und Kollegen eine der wichtigsten Entscheidungen im Rahmen der Ausübung eines Professorenamtes ist. Damit betraute Fakultätsmitglieder sind somit verpflichtet, sich ein Gesamtbild von jedem Bewerber zu machen. Dazu gehört das gesamte wissenschaftliche Oeuvre des Betreffenden und nicht ein eventueller Teilausschnitt.

In Anbetracht der Fristen, innerhalb deren die Bewerbungen geprüft worden sind, ist es jedoch nicht sicher, dass die Berufungskommission sämtliche Bewerbungen auf ihren fachlichen Inhalt hin prüfen konnte. Inwieweit jedoch ein weniger gründliches Vorgehen mit den staatlichen Vorschriften über den Zugang zu öffentlichen Ämtern vereinbar ist, wäre zu prüfen.

4. Angesichts der Beratungsdauer ist schließlich zu fragen, ob die erforderlichen ausführlichen fachlichen Diskussionen über alle Bewerberinnen und Bewerber stattgefunden haben. Eher ist davon auszugehen, dass stattdessen mehr oder weniger mechanisch allein das Kriterium der Publikation in den A- oder B-Zeitschriften dominant gewesen ist. Die Mehrfachnennung einzelner Personen erweckt darüber hinaus den Eindruck, dass diesen eine höhere Berufungschance zuteil werden sollte als den übrigen Kandidatinnen und Kandidaten. Zu prüfen wäre, ob eine solche Diskriminierung zulässig ist.

### **III. Das Fach Wirtschaftspolitik in der Lehre**

Das Gewicht der praktischen Wirtschaftspolitik in unserer heutigen Welt bedarf keiner gesonderten Darlegung. Nicht nur in den Medien unserer Tage spielen Fragen der Wirtschaftspolitik eine überragende Rolle im Vergleich zu anderen Politikbereichen. Das Wohl und Wehe der Bürger eines Landes hängt entscheidend von den Erfolgen seiner Wirtschaftspolitik auf nationaler und internationaler Ebene ab. Wirtschaftspolitische Fehlleistungen können, wie jüngst in Griechenland, zu bürgerkriegsartigen Eruptionen führen. Der Wettbewerb der Wirtschaftsordnungen miteinander kann, wie im Falle des Sozia-

lismus, dazu führen, dass ganze wirtschaftspolitische Konzeptionen scheitern und entsprechende Systeme zusammenbrechen.

Seit Ende des zweiten Weltkrieges waren hervorragende wirtschaftspolitisch engagierte Gelehrte an der Kölner Fakultät tätig, so Alfred Müller-Armack, der Vater der Sozialen Marktwirtschaft, und Günter Schmölders, oder Gerhard Weisser und Wilfried Schreiber, die beide entscheidende Impulsgeber für den Auf- und Ausbau der sozialen Ordnung unseres Landes gewesen sind.

Wirtschaftspolitik als akademisches Fach war bisher Pflichtfach für alle Studierenden der Volkswirtschaftslehre. Hinzu kamen wirtschaftspolitische Wahlfächer wie die Energiewirtschaftslehre, die Verkehrspolitik, die Sozialpolitik und in jüngerer Zeit die Wohnungswirtschaft. Im Gesamtverband lehrten und prüften die Inhaber der wirtschaftspolitischen Professuren auch Studierende der Betriebswirtschaftslehre und der Wirtschaftspädagogik, so dass ein breites Feld auch wirtschaftspolitischer Kenntnisse tonangebend für die Absolventen der Kölner Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gewesen ist. Wenn jedoch in Zukunft die Wirtschaftspolitik als Lehr- und Prüfungsfach entfällt bzw. weit zurück geschnitten werden sollte, dann verlieren die oben genannten Spezialfächer einschließlich der Sozialpolitik ihre theoretische Basis.

Gleichzeitig wird der gute Ruf der Kölner Wirtschaftswissenschaften, der auf der Praxisnähe des akademischen Unterrichtes gerade auch in Fragen der Wirtschaftspolitik beruhte, in Frage gestellt. Besonders die Studierenden der Betriebswirtschaftslehre - sie machen in Köln etwa achtzig Prozent der Studierenden aus - waren und sind an einer praxisnahen Lehre nachhaltig interessiert. Die Fachvertreter der Wirtschaftspolitik haben stets versucht, diesem Bedürfnis zu entsprechen.

#### **IV. Das Wirtschaftspolitische Seminar und das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln**

Neben dem Wirtschaftspolitischen Seminar besteht an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät in Köln seit 1952 das Institut für Wirtschaftspolitik, das aus Drittmitteln finanziert wird. Es ist dem gegenwärtig geschäftsführenden Direktor gelungen, dieses Institut durch eine Absprache mit einer anderen Einrichtung dauerhaft auf eine feste finanzielle Basis zu stellen. Nach den Statuten des Institutes muss sein Leiter ein ordentlicher Professor sein, der an der Fakultät das Fach Wirtschaftspolitik vertritt.

Dieser Vorschrift kann nicht mehr entsprochen werden, wenn das Fach Wirtschaftspolitik mit dem Ausscheiden aus Altersgründen des jetzigen Ordinarius und eines weiteren Professors des Wirtschaftspolitischen Seminars im Jahre 2009 nicht mehr vertreten ist. Es gibt dann weder einen geschäftsführenden Direktor des Wirtschaftspolitischen Seminars noch einen Leiter des Institutes in vergleichbarer Funktion. Schon jetzt sind die Mittel, die einer seit 2007 vakanten Professur zur Verfügung gestanden haben, eingezogen und das dortige Personal ist auf andere Stellen versetzt worden.

Ein Seminar aber muss nicht nur aus sachlichen Gründen, sondern auch aus Rechtsgründen von mindestens einer Professorin/einem Professor geleitet werden. Steht eine entsprechende Professur nicht mehr zur Verfügung, so muss es aufgelöst werden.

Das Gleiche gilt für das 1952 von Alfred Müller-Armack gegründete Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Dieses Institut arbeitet seit seiner Gründung mit Erfolg in vielfältiger Weise auf dem Gebiet einer wissenschaftlich fundierten Wirtschaftspolitik.

Aus den Reihen der Assistentinnen und Assistenten von Seminar und Institut sind bisher neun Lehrstuhlinhaber hervorgegangen. Andere frühere Mitarbeiter arbeiten heute unter anderem in Bundesministerien, in der Bundesbank oder in europäischen und internationalen Behörden im Rahmen wirtschaftspolitischer

Fragestellungen. Die Zahl der Doktoren, die aus Seminar und Institut hervorgegangen sind, ist groß. Noch wesentlich größer ist die Zahl der im einzelnen nicht erfassten Diplomanden.

Seit seinem Bestehen gibt das Institut eine Zeitschrift heraus. Ihr ursprünglicher Name lautete „Wirtschaftspolitische Chronik“. Heute heißt sie „Zeitschrift für Wirtschaftspolitik“. In ihr werden nicht überwiegend institutseigene Forschungsergebnisse veröffentlicht, sondern meist auch Arbeiten, die an anderen Orten entstanden sind. Die Zeitschrift versteht sich als ein Diskussionsforum für wirtschaftspolitische Fragen. Sie erscheint dreimal jährlich. Ihr Umfang pro Jahresband liegt bei etwa 400 Seiten. Vertrieben wird sie vom angesehenen Fachverlag Lucius und Lucius, Stuttgart.

Forschungsergebnisse des Institutes werden einmal in seiner Schriftenreihe und zum anderen in seiner Untersuchungsreihe veröffentlicht. Der Verlagsort der ersteren wurde im Laufe der Zeit mehrmals gewechselt, letztere erscheint im Eigenverlag. Bisher wurden über 130 Manuskripte gedruckt. Sie sind im Buchhandel beziehbar und werden mit anderen Bibliotheken ausgetauscht.

Die Direktoren des Institutes waren und sind in vielfältiger Weise im Rahmen der wirtschaftspolitischen Beratung und als Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft tätig. Vor allem ist die Beratung der Bundesregierung, der Bundesministerien und die langjährige Mitarbeit in den Wissenschaftlichen Beiräten zu nennen. Zum Beispiel war Professor Watrin Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesminister für Wirtschaft, Professor Donges Vorsitzender der Deregulierungskommission der Bundesregierung sowie des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Daneben sind die Betreffenden auch Mitglieder zahlreicher anderer Beratungseinrichtungen.

Die Institutsdirektoren sind vielfach auch mit Gutachten für Bundesministerien befasst und zu Anhörungen in Gesetzgebungsverfahren eingeladen worden. Nur der kleinere Teil dieser Aufträge erschien in Pressejournalen, in anderen Fällen musste der Vertraulichkeit Rechnung getragen werden.

Das Institut hat zahlreiche internationale Kontakte und wird vor allem von Wissenschaftlern aus dem Ausland auch wegen seiner Bibliothek und seiner Verbindung mit der deutschen Wirtschaftspolitik gerne besucht.

Sofern das Fach Wirtschaftspolitik nicht mit ausgewiesenen Fachvertretern wieder besetzt wird, ist seine Weiterexistenz fraglich. Auf diesen Zusammenhang haben der Vorsitzende des Förderervereins des Instituts und sein Stellvertreter vor kurzem den Herrn Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät hingewiesen.

Kommt es zur Schließung von Institut und Seminar, so bedeutet das auch, dass seine Spezialbibliothek nicht mehr für Lehr- und Forschungsvorhaben zur Verfügung steht. Die dann im Wissenschaftsprogramm der Fakultät entstehende Lücke kann nicht durch eine Gruppe Makroökonomik geschlossen werden. Die Makroökonomik kann in diesem Zusammenhang auch nicht als ein ausreichendes Substitut für die entfallenden Lehr- und Forschungsmöglichkeiten angesehen werden. Wirtschaftspolitische Analysen sind im Übrigen ein nicht abtrennbarer Teil des Entstehens der theoretischen Ökonomik vor zweihundert Jahren.

Der emeritierte Professor Willgerodt hat in zahlreichen Schreiben an den Dekan, den Rektor und andere Beteiligte auf die oben geschilderten Sachverhalte hingewiesen. Er ist deswegen im Protokoll über die Sitzung der Weiteren Fakultät gerügt worden. Keiner der Briefe, die er in dieser Angelegenheit an die Amtsträger der Universität zu Köln geschrieben hat, ist beantwortet worden, obwohl Behörden nach allgemein verwaltungsrechtlichen Gepflogenheiten zu einer Antwort verpflichtet sind.

In der Sitzung der Weiteren Fakultät, in der die Berufungslisten verabschiedet worden sind, wurde der Dekan allerdings beauftragt, ein entsprechendes Gespräch zu führen. Hierzu hat dieser die Professoren Eekhoff als geschäftsführenden Direktor des Wirtschaftspolitischen Seminars und des Instituts für Wirtschaftspolitik, Bettzüge und Willgerodt am 15. September 2008 eingeladen. In diesem Gespräch wurde der Dekan gefragt, ob das Wirtschaftspolitische Semi-

nar und das Institut für Wirtschaftspolitik erhalten bleiben sollen. Er hat diese Frage bejaht. Wie dies konkret angesichts schon vollendeter Tatsachen geschehen soll, blieb offen. Der Dekan führte dann aus, es werde nach dem Scheitern einer anderen Lösung zumindest eine Professur für Wirtschaftspolitik und Wettbewerb ausgeschrieben werden.

Selbst wenn diese Lösung Platz greifen würde, wäre sie jedoch nicht ausreichend. Solange die deutschen Universitäten der Forschung und der Lehre dienen sollen und wollen, müssen sie auch die großen Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens zum Gegenstand ihres Handelns und Wirkens machen. Auf das Fach Wirtschaftspolitik bezogen heißt das, es muss im Rahmen des Verfügbaren danach gestrebt werden, die ganze Breite des Faches zu repräsentieren. Im vorliegenden Fall geht es hier auch um das tägliche Handeln aller staatlichen und auch quasistaatlichen Einrichtungen.

Der jetzt geplante Forschungsverbund mit seiner Konzentration auf ein Teilgebiet des Faches Volkswirtschaftslehre leistet das nicht. Das gilt vor allem, wenn damit andere wichtige Fächer wie die allgemeine und angewandte Wirtschaftspolitik oder die Finanzwissenschaft still gelegt werden. Nicht nur in der Wirtschaft selber, sondern auch in der sie begleitenden Wirtschaftswissenschaft muss ein Gleichgewicht der Teile und der Kenntnisse beachtet bleiben.